Nummer 48 — 31. Jahrgang

Erscheint täglich, mit Ausn. Sonntags, mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Der praktische Hausmann", „Ratgeber für Gesundheit", „Das gute Buch" Monatlicher Bezugspreis RM 3.20 einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Todczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 26. Februar 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 RM. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,50 RM. Vorgeschr. Termine 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung d. Schadenersatzes.
Geschäftlicher Leiter: Franz Wangart, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag, Dresden-A. 1, Pulsnitzer Str. 17. Fernruf 20111. Postscheckkonto Dresden 1025. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 9767.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Altstadt 1, Pulsnitzer Str. 17. Fernruf 20711 und 21012.

Brüning spricht

Der Höhepunkt der großen Aussprache im Reichstag

Berlin, 25. Februar.

Der dritte Tag der großen politischen Reichstagsaussprache bringt zugleich den Höhepunkt der Auseinandersetzungen,

da der Reichskanzler heute in die Debatte eingreifen wird.

Als erster Redner erhält heute der Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei, Dr. Siemsen, das Wort. Dann gibt der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Dingeldey, eine formulierte Erklärung zur Begründung des eigenen Mißtrauensantrages der Fraktion ab.

Hierauf, etwa um 13.30 Uhr, will der Reichskanzler das Wort nehmen. Dr. Brüning wird nicht nur zu den Ausführungen der Parteiredner, namentlich der Opposition, Stellung nehmen, sondern darüber hinaus die Gelegenheit zu einer Darlegung der gesamtpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Fragen benutzen. Der Kanzler wird dabei auch auf die Angriffe eingehen, die der deutschnationale Redner gestern gegen die Außenpolitik seines Vorgängers, des Außenministers Dr. Curtius, gerichtet hat. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß Dr. Brüning auch nochmals auf den vielbekämpften Erlaß des Ministers Groener zurückkommen wird.

Die weitere Aussprache bringt dann die Redner der zweiten Garnitur, von der gestern schon der Abg. Rosenberg gesprochen hat. Auch die Redner des Landvolks und der Bayerischen Volkspartei, die sich bisher noch nicht gemeldet hatten, werden heute zum Wort kommen.

Im Laufe des Vormittags tagten neben einigen Ausschüssen noch einige Fraktionen, um zu dem bisherigen Verlauf der Aussprache Stellung zu nehmen. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde die Erklärung formuliert, die der Parteiführer nachher im Plenum abgeben soll.

*

Die Aussichten der Regierung für die am Freitag zu erwartende Abstimmung werden nunmehr allgemein optimistisch beurteilt. Nach der gestrigen Erklärung des wirtschaftsparteilichen Führers Prof. Dr. Bredt darf angenommen werden, daß die Wirtschaftspartei geschlossen für die Regierung stimmen wird. Eine knappe Mehrheit ist schon dadurch gesichert. Es ist aber überdies anzunehmen, daß mehrere Landvolk-Abgeordnete für die Regierung eintreten werden, daß also möglicherweise eine stärkere Basis für die Regierung zustande kommt als im Oktober v. J.

Die Aussprache am Mittwoch

Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der gestrigen Aussprache im Reichstag, in deren Verlauf die Sitzung zweimal unterbrochen werden mußte, bringen wir auf der dritten Seite des Hauptblattes.

Zentrum für Reichswesthilfe

Berlin, 25. Februar. Zentrum und Bayrische Volkspartei haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, daß die Mittel der Reichswesthilfe 1931 rascher als bisher und in vollem Umfange den ehemals besetzt gewesenen Gebieten zufließen und daß für das Rechnungsjahr 1932 weitere ausreichende Mittel für die Reichswesthilfe vorgesehen werden. Obwohl das Ende des Rechnungsjahres 1931 sich nähert, sind bisher die im Haushalt vorgesehenen Mittel nur zum kleinen Teile und verzögernd, in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr dem Westgebiete zugeflossen, trotzdem dieses damit rechnet und teilweise schon in Erwartung der zugesagten Mittel Verpflichtungen eingegangen hat. Die Festsetzung der Reichswesthilfe für eine längere Zeit von Jahren ist ohnehin seinerzeit schon für notwendig angesehen worden. Sie ist im Jahre 1932 angesichts der wachsenden Not, die die Reparationslasten noch drückender macht als bisher, eine unumgängliche Pflicht.

Amerikas China-Politik

Drohung mit neuem Wettrüsten zur See — Deutliche Warnung an Japan

Washington, 25. Februar.

Staatssekretär Stimson hat gestern an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Senator Borah, einen Brief gerichtet, der ausführlich die Ansicht der amerikanischen Regierung über die neueste Entwicklung in China darlegt. Er bezeichnet darin den Neunmächte-Vertrag als die rechtliche Grundlage für die

Politik der offenen Tür,

die 1899 von Staatssekretär Hay proklamiert und 1922 von Japan und den anderen Staaten feierlichst zusammen mit dem Grundsatz der territorialen und regierungstechnischen Unabhängigkeit Chinas anerkannt wurde. Der Neunmächte-Vertrag sei das Ergebnis sorgfältigster Prüfung und bilde den Grundstein für Amerikas Politik gegenüber dem Fernen Osten sowohl im Interesse des amerikanischen Handels wie im Interesse des großen chinesischen Volkes, dessen Heimat vor der Gefahr völliger Zerstückelung stand.

Der Neunmächte-Vertrag war ein wesentlicher Bestandteil des 1922 beschlossenen Vertragswerkes, und Amerikas Bereitschaft, auf eine führende Stellung im Linienschiffbau und auf Ausbau von Befestigungen in Guam und auf den Philippinen zu verzichten, war unter anderem darauf gestützt, daß der Neunmächte-Vertrag von den übrigen Mächten eingehalten und keine militärische Eroberung auf Kosten Chinas unternommen werde.

Die Revision des Neunmächtepakts stellt daher die Abrüstungskonvention von 1932 in Frage.

Die friedliche Entwicklung des 400-Millionenvolkes in China ist wesentlich für den Weltfrieden, und der Kelloggpakt, der sechs Jahre später von Japan und anderen unterzeichnet wurde, war eine weitere Sicherungsmaßnahme in dieser Hinsicht. Wir haben keinen Beweis dafür gesehen, daß die ernstliche Beachtung der beiden Verträge die angemessene Wahrung der legitimen Interessen fremder Mächte und ihrer Staatsangehörigen beeinträchtigt haben würde. Wir haben am 7. Januar erklärt, daß wir das durch Zwang oder Vertragsverletzung erzielte neue Abkommen nicht anerkennen werden, und wenn die übrigen Mächte diesem Beispiel folgen, so wird das eine wirksame Schranke gegen die Legalität einer derartigen vollendeten Tatsache schaffen und, wie die Geschichte lehrt, schließlich zur

Wiederherstellung der Rechte und Rechtstitel an China

führen, die ihm etwa genommen werden sollten.

*

Der Brief Stimsons hat in der amerikanischen Oeffentlichkeit stärkstes Aufsehen erregt. Der Washingtoner Korrespondent der Newyork Evening Post nennt den Brief des Staatssekretärs Stimson eine der wichtigsten Erklärungen über die amerikanische Außenpolitik während der letzten zehn Jahre. Stimsons Brief sei in Wahrheit nicht an Borah, sondern an Japan gerichtet gewesen, und er deute an, daß, wenn Japan seine Stellung mißbrauche, die Vereinigten Staaten, deren Handel mit dem Fernen Osten im vergangenen Jahre dem Handel mit Europa beinahe gleichkam, wöchentlich die auf der Washingtoner Konferenz festgesetzte Politik aufgeben und

eine derartige Kriegsflotte mit derartigen Stützpunkten im Stillen Ozean schaffen werde, daß Japan an einer Beherrschung Chinas und des ungeheuren chinesischen Marktes verhindert werden würde.

In Kreisen des Senats erwartet man, daß die Regierung mit der angedeuteten Aenderung des Flottenbauprogramms sehr rasch ernst machen wird.

Der Eindruck in England

London, 25. Februar. Der Korrespondent der „Morning Post" in Washington sagt, der Brief des Staatssekretärs

gehe beinahe so weit, die japanische Regierung des Vertragsbruches anzuklagen.

Der Brief bedeute den Sieg der Ansicht des Staatsdepartements, daß die chinesische Lage am besten durch eine „kraftvolle" Haltung behandelt werde. Die zögernde Ansicht des Weißen Hauses, die durch Mangel an Unterstützung durch den Kongreß noch erhöht worden war, sei von dem Ernst der letzten Ereignisse endgültig besiegt worden. Ein weiterer Grund für den Brief des Staatssekretärs sei die Wirkungslosigkeit der Völkerbundsnote an Japan, die nach Ansicht des Staatsdepartements einen energischeren Ton hätte anschlagen sollen.

*

Zweifellos ist es richtig, daß der Stimson-Brief ein Herausgehen aus der Zurückhaltung bedeutet, die die Vereinigten Staaten bisher in der Frage des Ostasien-Konfliktes bewahrt haben. Man darf gespannt sein, in welcher Weise sich diese neue „aktive" China-Politik der Vereinigten Staaten weiter entwickeln wird.

Hitler soll es sein?

[Von unserer Berliner Schriftleitung]

Die Nachricht, daß sich Adolf Hitler höchst persönlich in einem heißen Kampfe um das Amt des deutschen Reichspräsidenten bewerben will, wird über die Reihen der Nationalsozialisten hinaus lebhafte Zustimmung finden. Während die nationalsozialistischen Parteimitglieder allerdings von „Dem Führer" neulich bereits verpflichtet wurden, diese Zustimmung in der Form eines „lauten Aufschreis" zu geben — wir müssen es rügen, daß er bisher nicht an unser Ohr gedrungen ist — begnügen wir selbst uns mit einem einfachen, schlichten, aber wirklich ehrlichen Einverständnis. Eine Kandidatur Hitlers hat den Vorzug, wirklich klare Fronten zu schaffen. Hindenburg gegen Hitler, das sind diese Fronten, zwischen denen der kleine Zählkandidat Düsterberg überhaupt keine Rolle mehr spielt. Hindenburg gegen Hitler: das gibt dem Kampfe, den wir lieber vermieden gesehen hätten, seine eigentliche Bedeutung, das führt zu einer Entscheidung, die über die innere Fortentwicklung Deutschlands Klarheit schaffen wird. Wir wollen dieser Entscheidung nicht aus dem Wege gehen, sondern sie mit hartem Willen und mit heißem Glauben an den guten politischen Sinn unseres Volkes erkämpfen. Wir hoffen deshalb, daß Herrn Hitler die Möglichkeit gegeben wird, die formalen Hindernisse, die seiner Kandidatur einstweilen noch im Wege stehen, zu beseitigen. Hitler besitzt bekanntlich noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Er hat es bisher aus Gründen, die wir unbegreiflich finden, verschmäht, sie auf dem ordentlichen Wege des Antrages zu erwerben. Er soll sie jetzt, so besteht die Absicht, auf dem ungewöhnlichen Wege der Ernennung zum Beamten mit Hilfe der Braunschweigischen Regierung erlangen. Wir schlagen vor, ihm bei der Verfolgung dieses Planes keine Schwierigkeiten zu machen, soweit das vom Rechtsstandpunkte möglich und vertretbar ist. Denn wir würden es außerordentlich bedauern, wenn der Kampf ohne Herrn Hitler geführt werden müßte. Wir wollen ihn, den Repräsentanten des sagenhaften Dritten Reiches, nicht gerne bei einer Entscheidung missen, die ohne seinen persönlichen Einsatz in ihrer Bedeutung nicht voll und ganz erschöpft wird. Deshalb hoffen wir, daß seine Einbürgerung ohne bürokratische Behinderung erfolgt, falls der in Aussicht genommene ungewöhnliche Weg bei weitherzigster Auslegung des Rechtes als zulässig bezeichnet werden kann.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die Aufstellung der beiden Parteikandidaten Hitler und Düsterberg, sowie das Mißlingen einer Einheitskandidatur ein eindrucksvoller Beweis für die absolute Unfähigkeit der sogenannten „nationalen Opposition" ist, neben ihrer stets vorhandenen Einigkeit im Negativen auch einmal eine Einigkeit im Positiven zu zeigen. Wenn die verschiedenen Gruppen der nationalen Opposition nicht einmal die bescheidene Aufgabe einer Einheitskandidatur zu lösen vermochten, dann kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie es in einer von ihr gebildeten Regierung aussehen würde, die Tag für Tag schwierige und wichtige Entscheidungen zu treffen hätte, Entscheidungen, in denen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen überwiegend im schärfsten Gegensatz zueinander stehen müßten. Die Verhandlungen, die zwischen diesen Gruppen während der letzten Tage geführt wurden und die nun, wie zu erwarten war, gescheitert sind, waren geradezu eine Tragikomödie der viel gerühmten Harzburger Einigkeit. Diesem Eindruck kann sich selbst die Hugenbergpresse kaum entziehen. Sie schreibt verlegen und resigniert, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm sei am Montag bekannt geworden — anscheinend ganz zufällig — daß die Proklamierung des Führers der NSDAP., Adolf Hitler, zum Präsidentschaftskandidaten der Nationalsozialisten am Montag abend erfolgen werde.

„Die Deutschnationalen und der Stahlhelm stellen fest", so heißt es weiter, „daß sie unbedingt an dem Gedanken der Harzburger Front festhalten. Sie rechnen mit der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der gesamten nationalen Front für den zweiten Wahlgang. In den Beratungen zwischen den Deutschnationalen und dem Stahlhelm ist der „Kampfblock Schwarzweißrot" nicht nur mit dem Ziele des gemeinsamen Vorgehens bei der Reichspräsidentenwahl, sondern auch mit dem Ziele des gemeinsamen Vorgehens bei den Länderwahlen, insbesondere in Preußen, gebildet worden."

Während sich also die Deutschnationalen und der Stahlhelm bedrückten Herzens und mit mehr Wehmut als Zuversicht erneut zur Harzburger Front bekennen, erfahren sie von den Nationalsozialisten eine Behandlung, durch die sie sozusagen aus der nationalen Front mit Schimpf und Schande ausgelöscht werden. Alfred Rosenberg ist es, der durch einen Artikel im „Völkischen Beobachter" mit rauher Hand in die am Montag noch schwebenden Verhandlungen eingriff und den Deutschnationalen